

breitet worden waren. Eine Position, die argumentativ dahinter zurückfiel, war offenbar nur schwer zu vertreten. Die Ablehnung der Volksabstimmung als ultima ratio, so überzeugend sie auch im Einzelnen begründet worden sein mag, liess sich nur allzu leicht als undemokratisch diskreditieren und als Beleg für das Misstrauen gegen «die Politik» anführen, die dem Volk seine legitime Entscheidungskompetenz vorenthalten wolle. So könnte die Aufmerksamkeitslenkung dieses Framings auf die Notwendigkeit der Konfliktbewältigung letztlich kontraproduktiv gewesen sein.

Dieser letztgenannte Punkt bildet einen zentralen Eckpfeiler im Frame, auf den der dritte Faktor der statistischen Analyse verweist. Er lässt sich treffend als «*Im Zweifel für den Fürsten*»-Frame etikettieren und weist in mancherlei Hinsicht die klarste Struktur auf. Im Hinblick auf die ursächliche Deutung des Konflikts nimmt er die weit verbreiteten Ressentiments gegen Parteien und Politiker auf, deren Versagen sowohl im Verfassungskonflikt selbst (uneinsichtige Politiker), mehr noch in der generellen Führung der Staatsgeschäfte (Zustand der «oligarchisierten» Liechtensteiner Parteiendemokratie) hervorgehoben wird. Der Verweis auf die Mängel der alten Verfassung gehört in den Interpretationsrahmen, ist aber kein auffälliger Bestandteil. Die Problemidentifikation ist ebenso klar wie einfach. Danach geht es im Kern um zwei Fragen: Steht man zum Fürstenhaus oder nicht und will man dementsprechend die fürstliche Familie und das Staatsoberhaupt im Land haben oder nicht?¹⁸⁷ Worum es bei diesem Konflikt sachpolitisch geht, lässt dieses Framing im Dunkeln, behandelt den verfassungspolitischen Gehalt gleichsam als Nebensache. Was die Konsequenzen der langjährigen innenpolitischen Auseinandersetzung angeht, wird in diesem Kontext vor allem auf den Ansehensverlust im Ausland abgehoben, ein angesichts der vom Finanzplatz geprägten Binnenwirtschaft, die in hohem Masse vom Image der Stabilität und Solidität des Kleinstaats lebt, ausgesprochen «wunder» Punkt. Daran knüpfen sich weitere Schadensszenarien im Falle des Scheiterns der Ver-

187 Die Tatsache, dass das Item «Wohnsitzfrage» auf zwei Faktoren ungefähr gleich stark lädt, deutet darauf hin, dass damit zwei Themenaspekte gemessen wurden, die durch die Erhebung nicht hinreichend scharf getrennt wurden: das Thema der Belastung der sachpolitischen Diskussion durch die Drohung (Factor 2) und die Ankündigung des Wegzugs als Hinweis darauf, was bei dem Konflikt auf dem Spiel steht (Factor 3).